



FDP | 14.09.2016 - 13:00

Bundesregierung bei Flexi-Rente zu zaghaft



Längeres Arbeiten soll für ältere Arbeitnehmer in Deutschland künftig attraktiver werden. Dieser [Ansicht der Freien Demokraten](#) [1] folgt jetzt auch das Bundeskabinett. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat es am Mittwoch in Berlin beschlossen. Demnach sollen Hindernisse für eine vorgezogene Teilrente abgebaut werden, wenn die Beschäftigten zugleich noch in Teilzeit weiterarbeiten. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer reicht dieser Ansatz nicht. Ihrer Ansicht nach kommt das Gesetz "nicht nur zu spät, sondern vor allem zu halbherzig."

"Nach den rentenpolitischen Sündenfällen Rente mit 63 und Mütterrente wagt die Bundesregierung einen zaghaften Schritt in die richtige Richtung", lobt sie zwar - mahnt aber zugleich: "Wir müssen weg vom Einheitsrentner und brauchen stattdessen eine vollständige Flexibilisierung des Renteneintritts."

FDP schlägt Alternative vor

Jeder solle selbst entscheiden können, wann und wie er in Rente geht, wirbt sie für [das Modell der FDP](#). [1] Das entspreche dem Wunsch vieler älterer Menschen in Deutschland. "Es bereitet das Rentensystem gleichzeitig auf die demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft und den Wandel am Arbeitsmarkt vor", führt Beer aus. Darüber hinaus müssten die Hinzuverdienstgrenzen umgehend komplett fallen, um bestehenden Barrieren für längeres Arbeiten restlos zu beseitigen. "Zu diesem Schritt fehlt der Großen Koalition der Mut."

Links

[1] <https://www.fdp.de/position/rente>